



## **Postulat 430**

Eingang Stadtkanzlei: 18. Juni 2020

### **Nutzloser Bypass für die Stadt**

Mit dem Projekt «Bypass» plant der Bund einen gigantischen, milliardenschweren Strassenkapazitätsausbau für den motorisierten Individualverkehr. Während in Kriens der Stadtrat gemeinsam mit allen politischen Parteien eine Vision eines stadtverträglichen Bypasses hat, beschränkte sich die Diskussion in der Stadt Luzern bisher auf die Spange Nord. Doch Luzern scheint nur auf den ersten Blick vom Bauprojekt weniger betroffen zu sein als die Nachbargemeinden. Dies zeigen die Informationen aus der laufenden Projektauflage.

Die mehrjährige Bauzeit wird sich mit derjenigen des Durchgangsbahnhofs überschneiden und grosse Auswirkungen auf das tägliche Leben der Stadtluzerner Bevölkerung haben. Beispielsweise muss während drei Jahren ein Teil des Verkehrs von der Autobahn über die Obergrundstrasse geleitet werden. Im Ibach sind stellenweise bis zu 14 parallele Fahrspuren vorgesehen. Bereits bekannt ist, dass es im Gütschwald wegen einer Entlüftungsanlage zum Verlust von rund 1'250 Quadratmeter Wald kommt. Das Dammgärtli wird für den Bau eines Zugangsschachts temporär geschlossen, überdies könnten hier quartierprägende Bäume gefährdet werden. Allgemein ist in der Bauphase mit einer örtlichen Mehrbelastung durch baustellenbedingten Schwerverkehr zu rechnen.

Stand heute trägt die Stadt also den Schaden, ohne dass für sie ein Nutzen ersichtlich ist. So gibt es auch keinen Nachweis, dass die städtischen Strassen beim Betrieb des Bypasses vom MIV entlastet werden. Mit dem absehbaren Verzicht auf den Anschluss Lochhof werden sich Überkapazitäten auf der bisherigen Stadtautobahn ergeben. Daraus resultieren sowohl verkehrsplanerisch als auch städtebaulich neue Möglichkeiten.

Der Stadtrat wird daher gebeten, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Bypass zu wehren, um negative Konsequenzen für die Stadt zu verhindern. Es soll aufgezeigt werden, welche flankierenden Massnahmen auf städtischem Gebiet wegen Bau und Betrieb des Bypasses erforderlich sind, um das städtische Ziel des MIV-Rückgangs nicht zu gefährden. Denkbar sind hierbei Rückbau bzw. Umnutzung der Stadtautobahn, die (Teil-)Schliessung der Ein- und Ausfahrt Luzern-Zentrum und/oder durchgehende Busspuren ab/bis Kupferhammer. Keinesfalls sollen mittel- bis langfristige Einschränkungen zulasten von ÖV oder Langsamverkehr erfolgen.

Beim Bund in jedem Fall einzufordern sind dabei das fehlende städtebauliche Konzept für die Stadtautobahn in den Bereichen Reussportbrücken (insbesondere Überdachung als Weg/Park zwischen Sentihof und St. Karli), Reusstal und Ibach sowie Massnahmen für mehr Sicherheit in Sonnenberg- und Reussporttunnel.

Mario Stübi, Yannick Gauch und Simon Roth  
namens der SP/JUSO-Fraktion

Martin Abele und Mirjam Landwehr  
namens der G/JG-Fraktion